



# JAHRESBERICHTE 2014

## SP STADT BERN



«Als AHV-Rentnerin bin ich froh, in einer bezahlbaren Genossenschaftswohnung leben zu können.»  
*Miranda Haegeli*

**Faire  
Mieten  
statt  
Spekulation**

[www.wohnenfueralle.ch](http://www.wohnenfueralle.ch)

Am 18. Mai:

**ja**

**zur Initiative**   
**für bezahlbare Wohnungen**

**Impressum**

Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern  
Monbijoustrasse 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23  
Tel: 031 370 07 90, Fax: 031 370 07 81  
bern@spbe.ch, www.spbern.ch  
Grafik Titelseite: Patrick Bachmann/typisch.ch  
Druck: Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Bern  
Auflage: 250  
März 2015

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Bericht des Präsidiums .....</b>	<b>4</b>
<b>2. Bericht der SP-Fraktion .....</b>	<b>7</b>
<b>3. Bericht der städtischen SP-Grossrätinnen und Grossräte .....</b>	<b>11</b>
<b>4. Abstimmungen und Wahlen.....</b>	<b>14</b>
4.1 Gemeindeabstimmungen 2014.....	14
4.2 Grossratswahlen .....	15
<b>5. Mitgliederentwicklung .....</b>	<b>16</b>
<b>6. Jahresrechnung .....</b>	<b>17</b>
<b>7. Gewinn- und Verlustrechnung.....</b>	<b>18</b>
<b>8. Berichte der Arbeitsgruppen .....</b>	<b>19</b>
8.1 Arbeitsgruppe Bildung .....	19
8.2 Arbeitsgruppe Gleichstellung .....	20
8.3 Arbeitsgruppe Kultur.....	21
8.4 Arbeitsgruppe Sicherheit.....	23
8.5 Arbeitsgruppe Sozialpolitik .....	24
8.6 Arbeitsgruppe Sport.....	25
8.7 Arbeitsgruppe Stadtentwicklung / Wohnen / Verkehr .....	26
8.8 Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie .....	28
8.9 Arbeitsgruppe regionale Zusammenarbeit .....	29
<b>9. Bericht der JUSO Stadt Bern .....</b>	<b>30</b>
<b>10. Kontaktadressen.....</b>	<b>32</b>

## 1. Bericht des Präsidiums

Das Jahr 2014 war geprägt von erfolgreicher städtischer Politik und weniger erbau-lichen Auswirkungen regionaler und kantonaler Entscheide. Erfreulicherweise hat die SP alle städtischen Abstimmungen gewonnen. Das zeigt, dass unsere Politik in Bern breit akzeptiert und gut abgestützt ist.

Besonders deutlich zeigte sich dies bei der Wohn-Initiative. Im Wahljahr 2012 hatten wir gemeinsam mit den anderen RGM-Parteien und weiteren Organisationen diese Initiative eingereicht, die zum Ziel hat, den gemeinnützigen Wohnungsbau in der Stadt Bern zu fördern und längerfristig günstigen und vor allem spekulations-freien Wohnraum zu schaffen. Welche Bedeutung gemeinnütziger Wohnbau für die Stadt hat und haben könnte, zeigte uns Jürg Sollberger an der Delegiertenver-sammlung vom März auf. Am 18. Mai wurde die Wohn-Initiative vom Berner Stimm-volk mit überwältigendem Mehr angenommen. Die neuen Vorgaben müssen nun in die städtischen Planungen einfliessen.

Während die Bernerinnen und Berner das Tram Region Bern mit über 60% will-kommen hiessen, bekam das Projekt in den beiden Nachbargemeinden eine Ab-fuhr. Dies ist umso bemerkenswerter, als der Abstimmungskampf der Gegnerschaft in Bern entlang der Buslinie 10 besonders populistisch geführt wurde. Die SP Stadt Bern und mit ihr viele Mitglieder diverser Sektionen haben sich sehr engagiert für dieses Jahrzehnteprojekt eingesetzt. Zählt man alle Ja-Stimmen der drei Gemein-den zusammen, so hat sich eine klare Mehrheit für das Tram ausgesprochen. We-gen der Ablehnung in den Gemeinden Ostermundigen und Köniz ist das Projekt nun vorderhand vom Tisch. Es bleibt die Erkenntnis, dass die Stadt Bern der Förderung des öffentlichen Verkehrs positiv gegenübersteht. Trotz dieses Resultats bleiben in Zukunft aber ebenso die Kapazitätsengpässe auf der Linie 10 bestehen.

Die SP wird hier mithelfen, nach rasch umsetzbaren Lösungen zu suchen – die von unserer Gemeinderätin Ursula Wyss angekündigte Velo-Offensive kann eine solche Massnahme sein. Zudem möchten wir auch den Schwung aus der regionalen Zu-sammenarbeit mit den SP-Sektionen von Köniz und Ostermundigen mitnehmen. Die historische gemeinsame Delegiertenversammlung der drei Sektionen vom Au-gust 2014 soll nicht die letzte bleiben. Ebenso planen wir, unsere Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur regionalen Zusammenarbeit, in der SP-Vertretungen aus den drei Gemeinden zusammenarbeiten, vorderhand weiterhin als gemeinsames Forum zu nutzen.

Aus aktuellem Anlass organisierten wir das jährliche Vernetzungstreffen der SP Stadt Bern für Mitglieder, die wichtige politische und berufliche Positionen inneha-ben, im neuen Tramdepot an der Bolligenstrasse. Nach einem Referat des Direk-tors von Bernmobil, René Schmid, konnten die Anwesenden auf einem Rundgang die architektonisch gelungene Halle besichtigen. Leider wird das Anschlussgleis Richtung Ostermundigen noch ein paar Jahre ungenutzt bleiben...

Neben Wohnen und regionaler Zusammenarbeit bildete die städtische Kulturpolitik im Jahr 2014 einen weiteren Schwerpunkt. Grössere Brocken waren die Vernehmlassung zur städtischen Kulturförderung und unser neues Positionspapier zur städtischen Kulturpolitik. In der Vernehmlassung nahmen wir zu den Vorschlägen für die Finanzierung im Kulturbereich Stellung, die deshalb nötig geworden war, weil mit dem Kanton und der Regionalkonferenz neue Verträge ausgehandelt worden waren. Auch hier zeigt sich die Abhängigkeit von übergeordneten Ebenen – für einmal aber mit positivem Ausgang für die Stadt Bern. An der Oktober-DV haben wir uns in einer engagierten Diskussion ein neues Kulturpapier gegeben. An dieser Stelle sei allen Beteiligten und insbesondere der Arbeitsgruppe Kultur für ihr grosses Engagement in diesem Thema gedankt.

Ein weiteres DV-Thema war die Standortfrage einer neuen 50m-Schwimmhalle, die wir im Mai kontrovers diskutierten. Mangels konkret vorliegender Projekte wollten sich die Delegierten aber noch auf keinen Standort festlegen.

Aufgrund der besorgniserregenden Finanzprognosen der Finanzdirektion beleuchteten wir an der DV im Januar die städtische Finanzlage. Auch hier nahm sich eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe intensiv des Themas an und erarbeitete im Hinblick auf die Stadtratsdebatte zum Aufgaben- und Finanzplan mögliche Massnahmen. Es gilt auch in den kommenden Jahren kühlen Kopf zu bewahren, wenn aufgrund schwarzgemalter Finanzpläne neue „Haushaltsverbesserungspakete“ (sprich: Sparmassnahmen) geschnürt werden sollen – die Jahresrechnungen dann aber regelmässig erheblich besser ausfallen als budgetiert.

Die Hauptversammlung wählte im Frühling Stadträtin Marieke Kruit als neues Mitglied in die Parteileitung. Wir freuen uns sehr, dass wir auf ihre Mitarbeit zählen können.

Neben den DV-Themen beschäftigte sich die Partei- und die Geschäftsleitung mit der Vernehmlassung zum Personalvorsorgereglement. Wir sind überzeugt, dass eine gute Lösung für das Personal und die Finanzen der städtischen Pensionskasse gefunden werden konnte. Die Diskussion wird in den nächsten Jahren aber sicher weitergeführt werden müssen.

Im Oktober veranlasste uns der Polizeieinsatz anlässlich der Miss-Schweiz-Wahlen auf dem Bundesplatz auch innerhalb der Partei- und Geschäftsleitung zu heftiger Kritik. Auf völlig unverhältnismässige Art und Weise waren teilweise noch minderjährige Demonstranten und Demonstrantinnen verhaftet, Repressalien unterworfen und angezeigt worden. Neben den zwei Vorstössen, die wir dazu im Stadtrat einreichten, haben wir uns in einem Brief an den Gemeinderat ausdrücklich gegen dieses Vorgehen der Polizei gewehrt. Unser Stadtpräsident, Alexander Tschäppät, stand in einer GL-Sitzung Red und Antwort und gab Auskunft zu kritischen Fragen. Die Arbeit der Sicherheitskräfte werden wir auch im kommenden Jahr kritisch im Auge behalten und uns Strategien überlegen, wie wir die demokratische, stadtbernerische Aufsicht über die Sicherheitsorgane wiedererlangen können.

Mitte November haben die RGM-Parteien eine positive Legislatur-Zwischenbilanz gezogen. Einige der 2012 gesetzten Ziele konnten bereits erreicht werden, andere sind noch in Arbeit. Erwähnenswert ist u.a., dass das Stimmvolk in 9 von 10 städtischen Abstimmungen im Sinne von RGM abgestimmt hat, die Einführung grossflächiger Begegnungszonen angefangen hat und Basisstufen schrittweise realisiert werden. Handlungsbedarf gibt es z.B. bei der Realisierung von gemeinnützigen Wohnungen und einer 50m-Schwimmhalle sowie bei der Erarbeitung einer Kulturstrategie.

Als Wahlgeschäft standen die Grossratswahlen vom 30. März im Zentrum. Erfreulicherweise konnten wir unsere sechs Sitze im Grossen Rat halten – obwohl wir mit einer Liste weniger angetreten waren als vor vier Jahren und zwei Bisherige nicht mehr antraten. An dieser Stelle auch unsere herzliche Gratulation an alle Gewählten – Ursula Marti, Beatrice Stucki, Nicola von Greyerz, Meret Schindler, Michael Aebersold und Res Hofmann – und ein ganz grosses Merci an alle diejenigen, die sich im Wahlkampf engagiert haben.

Nach den Grossratswahlen begannen bald die Vorbereitungen für die Nationalratswahlen. Es freut uns sehr, dass die städtischen Sektionen neben den vier Bisherigen auch zwölf neue Kandidatinnen und Kandidaten zuhanden des kantonalen Parteitages nominiert haben.

Unsere Arbeit in der Partei- und der Geschäftsleitung wäre nicht möglich ohne die Unterstützung der städtischen Arbeitsgruppen und der Sektionen. Wir danken euch für euren unermüdlichen Einsatz und freuen uns, 2015 wiederum auf euer Mitwirken und Engagement zählen zu können.

Stefan Jordi und Edith Siegenthaler, Co-Präsidium SP Stadt Bern



## 2. Bericht der SP-Fraktion

Die Stadtratsfraktion hatte in diesem Jahr zwei Wechsel zu verzeichnen. Nicola von Greyerz, die im März 2014 in den Grossen Rat gewählt wurde, trat im Sommer zurück. Gleichzeitig hat sich auch Lea Kusano aus dem Stadtrat zurückgezogen. An ihrer Stelle rutschten Ingrid Kissling-Näf und Johannes Wartenweiler nach, die bei den Stadtratswahlen genau gleich viele Stimmen erzielt hatten. Herzlichen Dank den beiden bisherigen Frauen für ihr Engagement und willkommen den beiden Neuen. Einen Wechsel gab es auch im Vizepräsidium. Im August wählte die Fraktion Peter Marbet zum neuen Vize-Fraktionspräsidenten.



Im Berichtsjahr haben wir im Stadtrat wieder sehr unterschiedliche - wichtige und weniger wichtige - Geschäfte behandelt. Bereits an der ersten Sitzung 2014 haben wir über einen neuen **Aareeinstieg** diskutiert. Auch in unserer Fraktion waren die Haltungen geteilt, ob diese Ausgaben sinnvoll sind. Mit nur sieben Ja-Stimmen wurde das Geschäft dann aber bachab geschickt. Weiter ging es auch im Februar mit Brücken. Der Stadtrat musste eine Entscheidung treffen, ob die definitiven Netze zur Brückensicherung (sogenannte **Suizidnetze**) sofort in Angriff genommen werden sollen oder ob die Provisorien noch zwei weitere Jahre genügten. Auch hier hatten wir unterschiedliche Haltungen, aber schlussendlich hat der Rat beschlossen, den Ausführungskredit von 6.5 Mio. Franken zu sprechen und auf eine Verschiebung zu verzichten. À propos Brücken: Der Stadtrat hat dem Planungskredit für die **Fuss- und Veloverkehrsverbindung Breitenrain-Länggasse** klar zugestimmt. Damit kommt das Projekt einen Schritt weiter: Es wird nun abgeklärt, welche Variante die beste ist und wo diese verlaufen würde.

Am 3. April hatten wir die Möglichkeit, über den **Evaluationsbericht Police Bern** zu diskutieren. Der Evaluationsbericht zeichnet trotz Schönfärberei ein katastrophal-

les Bild von Police Bern. Weniger als ein Drittel der Ressourcen- und Leistungseinkaufsgemeinden beurteilt die Einheitspolizei als gut. Die Steuerungsmöglichkeiten werden als mangelhaft beurteilt, die Einsparungen durch Synergien konnten nicht realisiert werden, kurz: Die Befürchtungen, welche die SP Stadt Bern bereits in der Vernehmlassung 2006 geäußert hatte, haben sich voll und ganz bestätigt. Wir müssen an diesem Thema dranbleiben und versuchen, Verbesserungen zu erreichen.

Immer wieder zu reden gab 2014 die **Kulturpolitik**; auch weil das Vernehmlassungsverfahren zur städtischen Kulturförderung 2016-2019 lief. Insbesondere über die Verwendung des frei werdenden Betrags von 6 Mio. Franken aufgrund der Neuordnung für 13 Kulturinstitutionen in Bern-Mittelland wurde heftig diskutiert. Hier konnte die SP-Fraktion mit einem Vorstoss einen Erfolg verbuchen: Neu fließen 1.4 Mio. davon in die Förderung der freien Szene.

Hitzig ging die Diskussion zur **Wohninitiative** zu und her. Die Bürgerlichen wollten partout nicht akzeptieren, dass die Initiative nicht gesetzeswidrig ist und haben sich statt mit Argumenten mit juristischem Geplänkel aufgehalten. Die deutliche Zustimmung des Stimmvolks war dann aber ein klares Bekenntnis zu mehr preisgünstigem Wohnraum. Sie ist auch als Auftrag an Stadt- und Gemeinderat zu verstehen, jetzt endlich vorwärts zu machen und den Volkswillen umzusetzen.

Am 24. April wurden uns die neuen **Vereinbarungen mit YB und dem SCB** zur Beteiligung an den Sicherheitskosten vorgelegt. Wir haben diese zwar begrüßt, weil die bisherige Regelung sehr unbefriedigend war; mit der neuen Vereinbarung sind wir aber auch nicht wirklich zufrieden. In der Vereinbarung wurden zwar die 200 Polizeieinsatzstunden aus dem Bundesgerichtsurteil zu Neuenburg Xamax und EHC La Chaux-de-Fonds für die Berechnung der Grundversorgung übernommen, auf der anderen Seite war man aber nicht bereit, die im erwähnten Bundesgerichtsentscheid ebenfalls festgehaltenen bis zu 80% der verbleibenden Sicherheitskosten den Klubs zu übertragen. Stattdessen wurde das Kostendach lediglich bei 60 respektive 50 Prozent festgelegt, was aus Sicht der SP-Fraktion eindeutig zu tief ist. Hingegen begrüßt die SP, dass das Engagement der beiden Klubs im Bereich Fanarbeit berücksichtigt wird.

Dass in mehr als der Hälfte der städtischen Wohnungen im Segment **„Günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien“** nicht anspruchsberechtigte Mieterinnen und Mieter wohnen, wirft kein gutes Licht auf die zuständige Liegenschaftsverwaltung. Dass diese ihre Kontrollfunktion nicht wahrgenommen hat, darf nun nicht als Vorwand für einen von den Bürgerlichen gewünschten Systemwechsel dienen. Stattdessen müssen die Kontrollen verbessert werden. Die Untersuchung zum vergünstigten Wohnraum in der Stadt Bern hat zwar nachträglich keine verheerenden Verfehlungen aufgezeigt, der Bericht kommt allerdings zum Schluss, dass interne Weisungen nicht befolgt wurden und offenbart die jahrelangen Führungsmängel in der Liegenschaftsverwaltung. Da braucht es unbedingt Verbesserungen.

Am 16. Oktober hat das Stadtparlament in der 2. Lesung der Teilrevision des **Personalvorsorgereglements** deutlich zugestimmt. Nach Ansicht der SP-Fraktion liegt heute ein ausgewogener Kompromiss auf dem Tisch. Die Lösung belastet sowohl die Arbeitnehmenden wie auch die Stadt nur so weit wie nötig. Die Revision wurde

notwendig, weil das fehlende Deckungskapital angestiegen ist und dadurch ansonsten eine Beitragslücke entstehen würde.

Den Kredit für ein **Stadtfest 2016** haben wir am 13. November gesprochen. Nach einem Vierteljahrhundert wird es wieder so weit sein. Das Stadtfest geht auf einem Vorstoss unserer Fraktion zurück und wir wünschen uns ein Fest für alle Bevölkerungsschichten und dass der Brückenschlag in Berns Westen gelingt. Bümpliz-Bethlehem ist ein wunderbarer Ort für das Fest.

Am 27. November unterstützte die SP-Fraktion den Masterplan und die **UeO Insel Areal III** im Grundsatz. Das chaotisch anmutende Gelände aufzuräumen, um ihm eine architektonisch einheitliche Struktur zu verleihen, ist ein überfälliges Projekt. Eine Verdichtung auf dem Areal zu realisieren ist ebenso begrüssenswert wie notwendig und der gewählte planerische Ansatz ist richtig. Im Verkehrsbereich konnten wir mit Anträgen einige Verbesserungen erreichen. Über das Geschäft werden die Bernerinnen und Berner am 8. März 2015 abstimmen.

Themen in diesem Jahr waren etwa auch die einzigartigen Diskussionen zum **Tram Region Bern**, bei denen die Bürgerlichen mit Filibustern und einer regelrechten Vorstoss-Flut den Rat beschäftigt haben. Das vom Gemeinderat vorgeschlagene **Feuerwerksreglement** wurde vom Rat bachab geschickt, weil einer Mehrheit das zentrale Element der Durchsetzbarkeit fehlte. Sehr stark beschäftigt waren wir auch mit der ganzen **Schulraumplanung** und mit Ersatz- und Neubauten von Schulhäusern. Zum Planungsprozess **Gaswerk-Areal** wurden verschiedene Vorstösse behandelt; einer Jugendmotion für den Erhalt des **Gaskessels** auf dem Gaswerk-Areal hat der Stadtrat klar zugestimmt. Selbstverständlich wurde auch das **Budget 2015** behandelt und wie jedes Jahr vom Volk bestätigt. Last but not least haben wir einen Kredit für den **Bärenpark-Lift** gesprochen. Ein Anliegen, das auf einen Vorstoss der SP zurückgeht und nach jahrelangem Hin und Her nun endlich zu einer Lösung kommt.

Zu Austausch- und Informationszwecken haben wir auch dieses Jahr wieder Gäste in der Fraktion begrüsst. Am 21. Januar haben wir uns mit Christoph Graf (SP Vertreter im SeniorInnen-Rat) ausgetauscht. Am 4. März haben wir mit Silvio Flückiger (Leiter Pinto) diskutiert. Jeweils ein Ausschuss der Fraktion hat sich zu Gesprächen mit Ursula Wyss, Franziska Teuscher und Vertretern von ewb getroffen.

Die SP-Fraktion war 2014 beim Vorstossschreiben etwas produktiver und hat 37 Vorstösse eingereicht (Vorjahr 24). Die Zahl der interfraktionell eingereichten Vorstösse fiel mit 14 hingegen geringer aus (Vorjahr 21).

Annette Lehmann, Präsidentin der SP-Fraktion



**Annette Lehmann**



**Peter Marbet**



**Katharina Altas**



**Yasemin Cevik**



**Rithy Chheng**



**Benno Frauchiger**



**Thomas Göttin**



**Stefan Jordi**



**Nadja Kehrli-Feldmann**



**Ingrid Kissling**



**Fuat Köçer**



**Martin Krebs**



**Marieke Kruit**



**Lukas Meier**



**Patrizia Mordini**



**Halua Pinto**



**Hasim Sönmez**



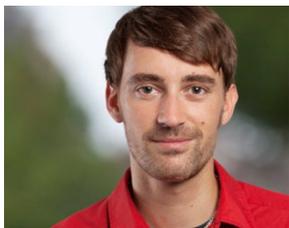
**Lena Sorg**



**David Stampfli**



**Bettina Stüssi**



**Michael Sutter**



**Gisela Vollmer**



**Johannes Wartenweiler**

### 3. Bericht der städtischen SP-Grossrätinnen und Grossräte

#### Januarsession

Die städtischen SVP-Grossräte Fuchs und Hess versuchten mit einer Motion, die Grossratssitze im Kanton anders auf die Wahlkreise zu verteilen. Massgebend sollte nicht mehr die Wohnbevölkerung, sondern die Schweizer Bevölkerung (**ohne** Ausländer) sein. Dies hätte Grossratssitze von städtischen auf ländliche Wahlkreise verschoben. Das ist leider die Art, wie die SVP-„Stadtvertreter“ städtische Interessen wahrnehmen. Die Motion wurde, zum Glück für die Stadt Bern, mit 96:51 Stimmen abgelehnt.

Ein Postulat der Grünen „Finanzierung des Gaskessels langfristig sichern“ wurde leider abgelehnt.

#### Märzsession

Das in 2. Lesung behandelte **Wasserbaugesetz** (WBG) enthält einige Verbesserungen, insbesondere weil es einem veränderten Bundesgesetz Rechnung tragen muss. Namentlich die Pflicht zur Revitalisierung der Gewässerräume ist ein Fortschritt.

Vertreter der Grünen, der SP und der EVP reichten die Motion „Keine Verschandelung des Kantons durch die Förderung fossiler Ressourcen - **Stopp Fracking**“ ein. Die von der Regierung zur Annahme empfohlene Motion wurde mit 93:47 Stimmen (bei 8 Enthaltungen) überraschend deutlich angenommen.

Die Motion von Philippe Müller (FDP) „Die **politische Verantwortung** für Polizeieinsätze in der Stadt Bern **soll von der Stadt an den Kanton übergehen**“ wurde als Postulat mit 79:58 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) gegen den Widerstand der SP und den (geschlossenen) Grünen überwiesen. Die FDP möchte im bürgerlichen Wettbewerb „Stadt schwächen“ offenbar nicht allzu stark hinter die SVP zurückfallen (siehe Januarsession).

Die geplante Verlängerung des Gesetzes über die Förderung des **preisgünstigen Wohnungsangebots (PMG)** wäre vor allem den Gebieten mit Wohnungsknappheit zu Gute gekommen, insbesondere den Städten. Dem Antrag der Kommissionmehrheit, gar **nicht darauf einzutreten (!)**, wurde mit 81:59 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) stattgegeben. Einmal mehr ein „Sieg“ des Landes gegen die Stadt.

#### Junisession

Es handelte sich um die erste Session der neuen vierjährigen Legislatur nach den **Wahlen im März 2014**. Entsprechend dem im Juni 2013 beschlossenen Grossratsgesetz wurden die Mitglieder der neuen **Sachkommissionen** gewählt. Diese wurden von linksgrüner Seite lange ersehnt und nun sehr begrüsst. Die Wahlen verliefen „nach Programm“, umstritten waren zum Teil jedoch die Präsidien. In einer Kampfwahl gewann beispielsweise der Grüne Blaise Kropf das Präsidium der Bau-, Verkehrs-, Energie- und Raumplanungskommission (BaK) mit 76 Stimmen gegen Gerhard Fischer (SVP) mit 75 Stimmen.

Die SP verlangte in der Motion „**Skandalöse Veranlagungspraxis der Berner Steuerverwaltung?** – Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission **PUK**“ eine Untersuchung der Steuerumgehung (evtl. Steuerhinterziehung) der Ammann AG in Langenthal. In Steuerfragen sehen die Abstimmungsergebnisse im Grossen Rat jeweils am brutalsten aus; die Motion wurde mit 37 Ja- zu 70 Nein (bei 2 Enthaltungen) abgeschmettert. Die Bürgerlichen wollten nicht, dass man dort sucht und womöglich sogar etwas findet.

Die Anpassung des Beschlusses über das Angebot im öffentlichen Verkehr für die Fahrplanperiode 2014 bis 2017 ging (wie ein Jahr vorher der eigentliche Beschluss) ohne Diskussion schlank durch. Das war nicht selbstverständlich, wenn man an den grossen Sparhammer denkt, der im November 2013 niedersauste.

Sowohl SP als auch Grüne stimmten mehrheitlich für die Motion von Adrian Haas (FDP) „Standesinitiative: Prioritäre Berücksichtigung der **Engpassbeseitigung Bern-Wankdorf-Muri (A6)**“. Bei der SP-Delegation der Stadt war es umgekehrt: Vier stimmten dagegen und zwei dafür. Das Spannungsfeld verlief zwischen einer „Stadtreparatur“ und einem Autobahnausbau, der Mehrverkehr zur Folge hätte. Das Gesamtergebnis im Grossen Rat war 116 Ja zu 23 Nein (bei 11 Enthaltungen).

Beim Gesetz über **Ergänzungsleistungen** für einkommensschwache Familien (FamELG) entschied sich die bürgerliche Mehrheit mit 90:62 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) für **Nichteintreten!** Die ärmeren Bevölkerungsteile kommen im Grossen Rat oft krass unter die Räder (siehe auch Novembersession).

## Septembersession

Samuel Leuenberger (BDP) wollte mit einer Motion **ausschliessen**, dass der Kanton in Zukunft Geld für die **Gurlitt-Sammlung** ausgeben darf. Ein „Denkverbot“ dieser Art ging auch vielen Bürgerlichen zu weit. Die Motion wurde in allen Punkten deutlich abgelehnt.

## Novembersession

Die Motion von Lars Guggisberg (SVP) „Gelegentliches **Kiffen** verändert das Gehirn“ richtet sich insbesondere im ersten Punkt<sup>1</sup> klar gegen die Drogenpolitik der Städte Bern und Biel. Mit der Einrichtung von Cannabis-Clubs wollen die beiden Städte Erfahrungen mit der regulierten Abgabe der Droge sammeln. Die Motion setzte sich mit 74:68 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) durch. Dazu ein Zitat aus dem „Bund“: „Die Stadtberner Sozialdirektorin Franziska Teuscher ist vom «Njet» des Grossen Rates unbeeindruckt. Die Überweisung der Verbotsmotion habe „keinen direkten rechtlichen Einfluss...“

Für die **International School of Berne** in Gümligen wurde (als Geschenk!) ein Kredit von CHF 3.9 Mio. gesprochen. Die Gegner argumentierten, dass mit dem Kredit ein eingeschossiger Bau prämiert werde, der dem Ziel einer Verdichtung wider-

---

<sup>1</sup> „Der Regierungsrat verbietet auf seinem Kantonsgebiet Drogenversuche, welche die Abgabe und/oder den Verkauf und/oder den Konsum von Cannabisprodukten in Cannabis-Vereinen erlauben“

spreche. Zudem verfügten die „Expats“ über genügend Geld und der Kanton müsse ihren Kindern keine Schule finanzieren. Die Befürworter waren ihrerseits überzeugt, dass Bern eine solche Schule brauche und sie ohne den Kredit gefährdet wäre. Fast alle Fraktionen waren mehr oder weniger gespalten; die SP-Fraktion stimmte dem Kredit mit 17 Ja zu 10 Nein (bei 5 Enthaltungen) zu. In der SP-Delegation der Stadt Bern gab es 2 Ja, 2 Nein und 2 Abwesende. Im Plenum resultierte ein deutliches Ja von 87 zu 46 Stimmen (bei 15 Enthaltungen).

Alle drei Punkte der Motion Krähenbühl (SVP) „Erleichterte und verkürzte Planungsverfahren für **Windanlagen**“ wurden überwiesen, Punkt 1 nur als Postulat. Innerhalb der SP gab es dabei kleinere Uneinigheiten.

**Voranschlag 2015:** Die Finanzlage des Kantons hat sich seit November 2013 (ASP-Massnahmen) wieder etwas gebessert. Deshalb verlangten SP und Grüne, die dritte Tranche der Reduktion der Krankenkassenverbilligung **nicht** umzusetzen. Diese Anträge wurden „routinemässig“ abgelehnt. Die SP-Fraktion hat sich deshalb bei der Schlussabstimmung des Voranschlages 2015 grossmehrheitlich der Stimme enthalten.

Res Hofmann, Grossrat



Michael Aebersold



Res Hofmann



Ursula Marti



Meret Schindler



Béatrice Stucki



Nicola von Greyerz

## 4. Abstimmungen und Wahlen

### 4.1 Gemeindeabstimmungen 2014

#### 18. Mai

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Tierparkreglement	Ja	Ja (90.2%)
Initiative für bezahlbare Wohnungen (Wohn-Initiative)	Ja	Ja (71.6%)

#### 28. September

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Tram Region Bern	Ja	Ja (61.3%)

#### 30. November

Geschäft	SP-Parole	Volksentscheid
Produktegruppen-Budget der Stadt Bern 2015	Ja	Ja (77.4%)

## 4.2 Grossratswahlen

Zu den Grossratswahlen vom 30. März 2014 trat die SP in der Stadt Bern mit einer Frauen- und einer Männerliste an. Von den sechs Bisherigen kandidierten Giovanna Battagliero und Irène Marti Anliker nicht mehr. Ihnen sei an dieser Stelle herzlich für ihren grossen Einsatz gedankt.

Das erklärte Ziel der SP Kanton Bern einer „linken Wende“ wurde auch in der Stadt Bern verpasst. Der angestrebte substanzielle Stimmenzuwachs der rot-grünen Parteien wurde nicht erreicht, auch wenn die linksalternative GPB-DA auf Kosten der BDP einen Sitz erringen konnte. Der GFL gelang es hingegen nicht, den Sitz zurückzuholen, den sie durch den Parteiwechsel von Barbara Mühlheim an die glp verloren hatte.

Der SP ist es trotz der zwei Vakanzen gelungen, ihre 6 Mandate halten. Neben den vier Bisherigen Michael Aebbersold, Res Hofmann, Ursula Marti und Béatrice Stucki, die wiedergewählt wurden, schafften auch Meret Schindler und Nicola von Greyerz den Sprung in den Grossen Rat.

Obwohl die SP-Listen insgesamt um 0.5% zulegen konnten, gelang es nicht, die 2.3% der Stimmen zu halten, welche die JUSO-Liste 2010 geholt hatte. Die Ausgangslage für die SP war aber auch deutlich schwieriger als vor vier Jahren: Im links-grünen Lager gab es gegenüber 2010 gleich vier neue Listen, die zusammen 7% der Stimmen und einen Sitz geholt haben (AL, PdA, GPB und junge grüne).

Partei	2014	2010	Diff.	Sitze
<b>SP / JUSO</b>	<b>25.2%</b>	<b>27.0%</b>	<b>- 1.8</b>	<b>6</b>
GB / ja!	12.7%	13.3%	- 0.6	3
GFL	7.5%	11.3%	- 3.8	2 (-1)
GPB-DA / PdA / AL	5.2%	-	+ 5.2	1 (+1)
EVP	3.8%	3.3%	+ 0.5	1 (+1)
CVP	2.9%	2.8%	+ 0.1	0 (-1)
glp / jglp	9.9%	5.7%	4.2	2 (+1)
BDP	6.2%	10.7%	- 4.5	1 (-1)
FDP / jf / machen.ch	10.6%	10.0%	+ 0.6	2
SVP	12.0%	11.6%	0.4	2

## 5. Mitgliederentwicklung

Stichtag: 31.12.2014

Sektion	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Diff. 13/14	Dele- gierte
Altstadt- Kirchenfeld	206	207	195	182	182	183	191	192	182	180	- 2	9
Bümpliz / Bethlehem	238	243	228	220	219	205	208	203	202	211	+ 9	11
Holligen	69	65	70	73	72	63	71	71	68	72	+ 4	4
Länggasse- Felsenau	214	213	216	220	188	171	178	172	155	174	+ 19	9
Nord	293	291	271	256	259	251	240	235	254	254	-	13
Ost	197	192	189	171	167	148	162	176	180	178	- 2	9
Süd	161	161	163	158	164	168	180	168	178	168	- 10	9
Einzelmit- glieder	20	16	14	12	11	9	7	6	6	5	- 1	-
Total	1398	1388	1346	1292	1262	1198	1237	1224	1225	1238	+ 13	64

## 6. Jahresrechnung

### Bilanz per 31. Dezember 2014

<b>Aktiven</b>	<b>155'435.97</b>
Postkonto	96'974.37
E-Depositenkonto	56'761.60
Debitoren VST	0.00
Debitoren Sektionen	0.00
Debitoren andere	1'700.00
Transitorische Aktiven	0.00
<b>Passiven</b>	<b>155'435.97</b>
Kreditoren	0.00
Kreditoren automatisch	0.00
Transitorische Passiven	2'456.65
Darlehen	72'178.00
Wahlfonds	
Info-Fonds	4'000.00
Fonds politische Rechte	11'157.20
Finanzausgleichsfonds	1'462.85
Gewinnvortrag 01.01.2014	63'831.53
Gewinn 31.12.2014	349.74
Gewinnvortrag 31.12.2014	64'181.27

## 7. Gewinn- und Verlustrechnung

1.1.-31.12.2014

	<b>Rechnung 13</b>	<b>Budget 14</b>	<b>Rechnung 14</b>
<b>Total Aufwand</b>	<b>129'664.55</b>	<b>146'888.00</b>	<b>132'729.86</b>
Kampagnen	11'908.00	15'000.00	16'594.25
Wahlen	0.00	0.00	0.00
Veranstaltungen öffentlich			205.30
Unterstützungen extern	985.00	3'500.00	1'230.00
Werbung/Information		4'000.00	515.95
Einlage Wahlfonds	29'000.00	29'000.00	29'000.00
Einlage Kampagnenfonds		0.00	4'000.00
Parteiversammlungen	2'627.95	4'000.00	847.30
regiolinks.be / Info	8'452.70	9'000.00	6'221.65
Anlässe	345.55	1'500.00	888.60
Unterstützungen Intern (Juso)	2'500.00	2'500.00	2'500.00
Einlage Fonds politische Rechte	300.00	300.00	300.00
Finanzausgleichsfonds	1'462.85	0.00	0.00
Abschreibungen	3'200.00	0.00	0.00
Beitrag SP Kanton	62'993.00	64'588.00	64'588.00
Administration	3'059.00	4'500.00	1'963.20
Kredit GL	1'883.40	3'000.00	850.30
Internet		2'000.00	1'083.05
Diverses	0.00	0.00	-0.04
Steuern	-1'451.30	0.00	0.00
Saalmieten	2'398.40	4'000.00	1'942.30
<b>Total Ertrag</b>	<b>135'993.72</b>	<b>144'486.00</b>	<b>133'079.60</b>
Finanzausgleich	1'462.85		
Sektionsbeiträge	112'980.00	112'500.00	113'007.00
Mandatsabgaben	16'800.00	24'600.00	12'565.00
Spenden	1'310.00	1'000.00	0.00
Ertrag Kampagnen	2'000.00	200.00	0.00
Wahlfinanzierung	0.00	0.00	0.00
Übriger Ertrag	1'209.42	500.00	20.00
Zinsertrag	231.45	200.00	151.15
ausserordentlicher Ertrag		5'486.00	7'336.45
<b>Erfolg</b>	<b>6'329.17</b>	<b>-2'402.00</b>	<b>349.74</b>

## **8. Berichte der Arbeitsgruppen**

### **8.1 Arbeitsgruppe Bildung**

Die AG Bildung der SP Stadt Bern ist die Nachfolgeorganisation der früheren SP-Schulfraktion. Die Arbeitsgruppe ist offen für alle Mitglieder der SP, die an Bildungsfragen interessiert sind. Zudem sollen sich alle von der SP nominierten Schulkommissionsmitglieder in der AG engagieren.

Jedes Mitglied der AG darf Themenvorschläge einbringen. Zudem kann die Parteileitung der SP Stadt Bern der AG bestimmte Bildungsthemen zur Behandlung zuweisen. Die AG wird von einer Co-Leitung geführt (Barbara Breitenstein, Cipriano Alvarez), welche die Arbeiten koordiniert.

Im Berichtsjahr 2014 hat die AG Bildung verschiedene Anlässe durchgeführt:

- Am 12. März fand eine Veranstaltung zum Thema „Basisstufe“ in einem Schulhaus in Bümpliz statt, welches Basisstufenklassen führt. Bei einer Basisstufe werden die Schulkinder der beiden Kindergartenjahrgänge sowie der 1. und 2. Klasse in einem gemeinsamen Klassenverband unterrichtet. Die Einrichtung von Basisstufenklassen ist ein zentrales schulpolitisches Anliegen der SP und es wurden dazu verschiedene Vorstösse im Grossen Rat und im Stadtrat eingereicht. Auch der Gemeinderat hat die Einführung von Basisstufenklassen in allen Schulkreisen der Stadt Bern in seinen Zielen für die laufende Legislatur aufgenommen.
- Am 14. September fand eine Veranstaltung zur anstehenden Neuauflage der städtischen Bildungsstrategie statt. Dabei wurde ein reger Gedankenaustausch hinsichtlich der Punkte, die in diese neue Strategie einfliessen sollten, geführt.
- Schliesslich fand am 26. November ein Austausch zwischen den SP-Schulkommissionsmitgliedern in den verschiedenen Schulkreisen statt. Dabei wurden aktuelle Themen erörtert.

Weitere SP-Mitglieder, die an Bildungsfragen interessiert sind, sind herzlich eingeladen, in der AG mitzumachen. Interessierte können sich an das Parteisekretariat oder an die Co-Leitung wenden.

Für die AG-Bildung: Barbara Breitenstein und Cipriano Alvarez

## 8.2 Arbeitsgruppe Gleichstellung

Die Arbeitsgruppe Gleichstellung wurde im Herbst 2013 neu ausgeschrieben, nachdem sich die bisherigen Mitglieder zurückgezogen hatten. Unter der Leitung von Natalie Studer hat sich die Arbeitsgruppe im Frühling 2014 neu konstituiert. Die erste Sitzung hat im März stattgefunden. Die Sitzung zeigte, dass Gleichstellungsthemen nach wie vor hochaktuell sind und insbesondere auch mänderspezifische Themen in die Gleichstellungsdebatte integriert werden müssen.

Die Arbeitsgruppe Gleichstellung hat von der Geschäftsleitung den Auftrag erhalten, das 1997 vom der Delegiertenversammlung der SP Stadt Bern verabschiedete Positionspapier „Rote Karte für Machos“ zu überarbeiten. An der ersten Sitzung im März hat die Arbeitsgruppe das Vorgehen bezüglich dieses Auftrags besprochen. Es wurde beschlossen, als Grundlage für das neue Positionspapier auf folgende drei Aspekte zu fokussieren, an denen in zwei weiteren Sitzungen gearbeitet wurde: Eine Vision einer zeitgenössischen, von allen Geschlechtern mitgetragenen Gleichstellungspolitik, eine Analyse der Geschlechterverhältnisse innerhalb der SP Stadt Bern und eine Stellungnahme zum Aktionsplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern 2009-2012 der Stadt Bern. Bern hat als erste Schweizer Stadt 2009 einen Aktionsplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Kraft gesetzt. Nach dessen Abschluss liegt nun ein weiteres Paket mit rund vierzig laufenden und neuen Massnahmen für die Jahre 2015–2018 vor. Die städtische Gleichstellungspolitik war auch Thema an einem Austauschtreffen mit zwei Mitgliedern der Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Bern im April.

Die Arbeitsgruppe zählt Ende Berichtsjahr zwei Männer und eine Frau als Mitglieder: Benno Frauchiger, Stefan Müller und Natalie Studer. Die Verbindung zum Stadtrat besteht durch den Stadtrat Benno Frauchiger. Natalie Studer gewährleistet als Mitglied der nationalen Arbeitsgruppe Gleichstellung der SP Frauen zudem die Koordination mit der nationalen Gleichstellungsarbeit. Es wird angestrebt, den Kontakt zur Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Bern in Form eines jährlichen Austauschtreffens aufrecht zu erhalten. Die Arbeitsgruppe ist offen für alle Mitglieder der SP Stadt Bern, die sich für gleichstellungspolitische Fragen interessieren und sich näher damit befassen möchten.

Für die AG Gleichstellung: Natalie Studer

### 8.3 Arbeitsgruppe Kultur

Das Jahr 2014 war durch etliche kulturpolitische Debatten geprägt. Die neue Leistungsperiode 2016-2019 und die damit verbundenen veränderten Rahmenbedingungen gaben mitunter Anlass zu kontroversen Diskussionen. Die AG Kultur hat sich an sechs regulären Sitzungen über das zu erarbeitende Kulturpapier der SP Stadt Bern gebeugt. Neben den regulären Sitzungen fanden verschiedene Treffen mit Kulturschaffenden und der Verwaltung statt.

- An den Sitzungen der AG Kultur ging es vor allem um Inhalt und Struktur des zu erarbeitenden Kulturpapiers der SP Stadt Bern. Diverse Künstlerinnen und Künstler haben uns über die Rahmenbedingungen für hiesige Kulturschaffende informiert. Wir danken Mathias Bremgartner, Armin Kopp und Barbara Weber für die wertvollen Einsichten.
- Am 27. Januar hat die Stadt Bern zum Kultur-Hearing eingeladen. Rund 70 Personen aus Politik und Kultur haben ihre Inputs bei der Abteilung Kulturelles deponieren können.
- Am 17. Februar haben wir uns mit Veronica Schaller zu einem Austausch im Robert Walser-Zentrum getroffen.
- Edith Siegenthaler und Andreas Berz (Delegation PL) haben sich mit uns am 4. Juni getroffen. Beide haben das Kulturpapier kritisch unter die Lupe genommen und uns Änderungsvorschläge gemacht.
- Am 21. Juni haben Veronica Schaller und Alexander Tschäppät zum RGM-Kulturtreffen in den Erlacherhof geladen. Anlässlich der Sitzung wurden die Kulturleitplanken für die neue Leistungsperiode aufgezeigt und diskutiert.
- Ebenfalls im Juni fiel der Entscheid des Kantons zur Kantonalen Kulturförderung für die neue Leistungsperiode. Der Kanton Bern entschied sich für die blaue Liste, die 13 Kultureinrichtungen umfasst, von denen sich 9 in Bern befinden. Diese Kultureinrichtungen werden ab 2016 von Kanton, Standortgemeinde und Regionalkonferenz Bern-Mittelland RKBM gemeinsam finanziert. Die tripartite Finanzierung entlastet die Stadt Bern um ca. 6 Mio. Franken.
- Kurz vor der Sommerpause stellten wir unser Kulturpapier der Parteileitung vor. Ebenfalls im Juni hat die AG Kultur an der Vernehmlassung zur städtischen Kulturförderung teilgenommen.<sup>2</sup>
- Am 20. Oktober wurden die Ergebnisse aus der Auswertung der Vernehmlassung präsentiert.<sup>3</sup>
- Am 27. Oktober wurde das Positionspapier den SP-Delegierten vorgestellt. Die Delegierten haben über eingereichte Anträge diskutiert. Die beschlossenen Änderungen werden nochmals ins Kulturpapier eingearbeitet und an der DV vom 9. Februar präsentiert.

---

<sup>2</sup> [http://www.spbern.ch/fileadmin/user\\_upload/sp-be/sp-sektion-stadt-bern/pdf/vernehmlassungen-mitwirkungen/V\\_140828\\_St%C3%A4dtische\\_Kulturfoerderung.pdf](http://www.spbern.ch/fileadmin/user_upload/sp-be/sp-sektion-stadt-bern/pdf/vernehmlassungen-mitwirkungen/V_140828_St%C3%A4dtische_Kulturfoerderung.pdf)

<sup>3</sup> [http://www.bern.ch/mediencenter/aktuell\\_ptk\\_sta/staerkerer-fokus-auf-die-freie-szene](http://www.bern.ch/mediencenter/aktuell_ptk_sta/staerkerer-fokus-auf-die-freie-szene)

- In der November-Ausgabe des regiolinks erschien unter dem Titel „Städtische Kulturförderung in Zeiten des Umbruchs“ ein Querschnitt des Kulturpapiers als doppelseitiger Artikel.



Die AG Kultur freut sich über engagierte Neumitglieder. Im neuen Jahr werden wir uns unter anderem mit der Kulturstrategie befassen.

Die Mitglieder der AG Kultur sind: Katharina Altas (Co-Präsidentin), Patrizia Mordini (Co-Präsidentin), Jean-Luc Froidevaux, Urs Hänsenberger, Renate Heer, Markus Morgenegg, Adrian Schild

Für die AG Kultur: Katharina Altas

## 8.4 Arbeitsgruppe Sicherheit

Die AG Sicherheit arbeitete auch 2014 ohne konkrete Aufträge der Geschäftsleitung. Sie hat sich zu vier Sitzungen getroffen. Für das vergangene Jahr hat sich die AG selber den Auftrag gegeben, das Positionspapier der SP Stadt Bern zur Sicherheitspolitik komplett zu überarbeiten.

Die AG hat sich 2014 wiederum mit Gemeinderat Reto Nause für einen Austausch zur Sicherheitspolitik getroffen und unter anderem die folgenden Themen diskutiert:

- Problematik des ruhenden Verkehrs, v.a. in der unteren Altstadt;
- Reitschule und Schützenmatte, sowie Nachtleben im Allgemeinen;
- Allgemeiner Umgang mit der Bewilligung von Demonstrationen und Kundgebungen.

2014 hat sich die AG zudem mit dem Thema Drogenpolitik auseinandergesetzt, welches sie 2015 noch vertiefen möchten. Die AG denkt dabei nicht nur an den angedachten Pilotversuch bezüglich Cannabisregulierung. Sie möchte sich darüber hinaus - bald 25 Jahre nach der Einführung des Vier-Säulen-Modells - auch wieder verstärkt mit dem Thema harte Drogen befassen.

Dauerthemen waren auch 2014 die Reitschule und, nachdem es in diesem Bereich mehrere Jahre ruhiger war, auch wieder Kundgebungen und Demonstrationen. Im Zusammenhang mit den Miss-Schweiz-Wahlen ist die AG gespannt auf die Ergebnisse der Untersuchung der Staatsanwaltschaft zum Polizeieinsatz, bei dem 20 Protestierende festgenommen wurden. Die Nutzung des Bundesplatzes durch kommerzielle oder halbkommerzielle Anlässe muss auch ganz grundsätzlich sehr genau beobachtet werden. Die Situation rund um die Reitschule gab auch 2014 wieder zu reden. Politisch muss weiter nach Wegen gesucht werden, die konstruktiven Kräfte in der Reitschule zu stärken, um den öffentlichen Druck auf die Kulturinstitution zu reduzieren.

Die AG ist 2014 erfreulicherweise gewachsen und umfasst jetzt neben den fünf bisherigen Mitgliedern drei neue Mitglieder.

Die Mitglieder der AG Sicherheit sind: Giovanna Battagliero, Moritz Bondeli, Yasemin Cevik, Geraldine Kipfer, Martin Krebs, Stefan Müller, Pia Neuhaus und Andrea Utzinger. Wir arbeiten mit rotierender Leitung und rotierendem Protokoll.

Für die AG Sicherheit: Yasemin Cevik und Stefan Müller

## 8.5 Arbeitsgruppe Sozialpolitik

Die AG Sozialpolitik hat sich im vergangenen Jahr zu sechs Sitzungen getroffen. Die Arbeitsgruppe zählt aktuell 11 Mitglieder, darunter eine Stadträtin sowie zwei SP-Vertreter in der Sozialhilfekommission der Stadt Bern.

Neu wirkt Stadträtin Nadja Kehrl-Feldmann in der AG Sozialpolitik mit. Nadja ist Mitglied der Sektion Bern Ost und seit Herbst 2013 im Stadtrat.

Inhaltlich hat sich die AG 2014 unter anderem mit den Auswirkungen der Sparmassnahmen des Kantons Bern auf den Sozialbereich beschäftigt. Da aufgrund des geltenden Finanzierungsmodells beim Sparen des Kantons gleichzeitig auch die Stadt Bern „mitspart“, hat die AG Sozialpolitik Vorschläge entwickelt, um darauf hinzuwirken, dass die frei werdenden Mittel gezielt für sinnvolle sozialpolitische Projekte eingesetzt werden.

Im Rahmen eines Treffens mit Franziska Teuscher, der Sozialdirektorin der Stadt Bern, hat die AG ihre Ideen und Anliegen eingebracht. Schwerpunkte der angeregten Diskussion mit der Sozialdirektorin bildeten insbesondere die Sicherung des sozialen Existenzminimums, berufliche und soziale Integration, Kinderbetreuung sowie die Förderung von günstigem Wohnraum.

Weitere Themen, mit denen sich die Arbeitsgruppe 2014 beschäftigt hat, waren:

- Information und Diskussion zu Themen aus dem Stadtrat (u.a. Motion zur Jugendarbeit) und dem Gemeinderat der Stadt Bern (u.a. neue Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration).
- Information über die Aktivitäten der städtischen Sozialhilfekommission.
- Information und Diskussion von weiteren aktuellen sozialpolitischen Themen (u.a. Petition „soziales Existenzminimum“, 30 Jahre Xenia – Verein Sexarbeit) sowie aus Fachveranstaltungen.

Im Sommer 2014 haben Matthias von Bergen und Silvia Schoch-Meyer das Co-Präsidium der AG Sozialpolitik an Miriam Schwarz und Martina Eggenschwiler übergeben.

Die Mitglieder der AG Sozialpolitik sind: Christof Berger, Martina Eggenschwiler (Co-Präsidentin der AG), Nadja Kehrl-Feldmann (Stadträtin), Veronika Keller, Miriam Schwarz (Co-Präsidentin der AG), Silvia Schoch-Meyer, Markus Troxler (Mitglied Sozialhilfekommission), Andrea Utzinger (Vertretung der Parteileitung), Matthias von Bergen, Gerhard Wehrli, Martin Wild-Näf (Mitglied Sozialhilfekommission).

Für die AG Sozialpolitik: Matthias von Bergen

## 8.6 Arbeitsgruppe Sport

Die Arbeitsgruppe Sport hat sich im Jahr 2014 zu vier Sitzungen getroffen. Der Arbeitsgruppe gehören acht Mitglieder an. Lukas Meier und David Stampfli vertreten die Arbeitsgruppe weiterhin im Stadtrat, Margret Kiener Nellen vertritt die Interessen der Arbeitsgruppe auf nationaler Ebene.

Die Arbeitsgruppe beschäftigte sich im vergangenen Jahr mit folgenden Themen:

- Die kantonale Abstimmung zum Hooligan-Konkordat verlief aus Sicht der Arbeitsgruppe sehr enttäuschend. 78.2% der Stimmberechtigten im Kanton Bern stimmten für den Beitritt zum verschärften Hooligan-Konkordat. Die Arbeitsgruppe hatte sich im Vorfeld der Abstimmung deutlich gegen das rechtsstaatlich fragwürdige Konkordat ausgesprochen. Nun fordern wir eine Umsetzung mit Augenmass.
- Die geplante neue 50m-Schwimmhalle war auch im Jahr 2014 ein Schwerpunkt der AG Sport. An der Delegiertenversammlung der SP Stadt Bern vom 16. Juni 2014 wurde über die Standortfrage diskutiert. David Stampfli vertrat in der Diskussionsrunde den von der Arbeitsgruppe bevorzugten Standort auf dem Gaswerkareal. Der Antrag der AG Sport, eine Konsultativabstimmung zur Standortfrage durchzuführen, scheiterte leider knapp. Zu unserem Bedauern hat der Gemeinderat mittlerweile den Standort Gaswerkareal aufgegeben. Trotz dieses Entscheids hoffen wir, dass die Planung der neuen Schwimmhalle nun rasch vorangetrieben wird.
- Die Arbeitsgruppe hat im vergangenen Jahr das Positionspapier Sport und Bewegung erarbeitet. Das neue Positionspapier soll Orientierungspunkte für die städtische Sportpolitik bieten. Es behandelt ausgewählte Themen, die aus Sicht der Arbeitsgruppe besonders wichtig sind und stellt konkrete Forderungen. Das Papier wird an der Delegiertenversammlung vom 11. Mai 2015 zur Diskussion stehen. Wir freuen uns auf eine angeregte Diskussion zur städtischen Sportpolitik.

Auch im nächsten Jahr werden wir die städtische Sportpolitik genau verfolgen und begleiten. An dieser Stelle möchten wir alle Interessierten einladen, bei unserer Arbeitsgruppe reinzuschauen und mitzumachen.

Die Mitglieder der AG Sport sind: Kevin Bomhardt, Thomas D'Ascoli, Georges Marcoyannakis, Lukas Meier, Margret Kiener Nellen, David Stampfli, Umut Turgul, Beat Zobrist,

Für die AG Sport: Kevin Bomhardt

## **8.7 Arbeitsgruppe Stadtentwicklung / Wohnen / Verkehr**

### **Organisation**

2014 tagte die Arbeitsgruppe unter der Leitung von Felix Hauser und Gisela Vollmer fünf Mal. Die Spurgruppe Wohnen traf sich zwei Mal und die Spurgruppe Mobilität konstituierte sich an einer Sitzung.

### **Grundlagenpapier zum STEK**

Der Mensch soll in der Stadt Bern im Mittelpunkt stehen. Dieser Grundsatz soll sich auch im STEK 15 widerspiegeln. Zu Handen der Parteileitung erarbeitete eine Arbeitsgruppe mit Agnes Nienhaus, Fabian Bauer, Michael Sutter und Gisela Vollmer ein Grundlagenpapier zum laufenden Planungsprozess 'STEK15', welches sehr positiv aufgenommen wurde und als Grundlage für die Position der SP im Mitwirkungsverfahren dienen wird. Die von der Arbeitsgruppe verfasste Eingabe an das Stadtplanungsamt wurde durch die Parteileitung noch gekürzt und verabschiedet. Zur Vorbereitung der Arbeiten diente auch eine Exkursion nach Zürich am 3. Mai, wo wir uns durch Monika Spring, André Odermatt und Andreas Hofer über die Entwicklungen in Zürich-West informieren liessen.

### **Gaswerkareal**

Der Perimeter für die Testplanung wurde (im Gegensatz zu unseren Vorschlägen) nur leicht vergrössert. Sehr vieles ist noch unklar, etwa was die Verkehrserschliessung, die Parkplätze, die Bruttogeschossfläche, die Bebauungsfläche oder das Hochhaus auf dem Brückenkopf West anbelangt. Es ist ein Bus-Versuchsbetrieb vorgesehen, aber die entsprechenden Pläne sind noch unklar.

### **Auflage Überbauungsordnung Insel Areal III**

Aus unserer Sicht hat die Vorlage diverse Schwächen. So ist der Planungsperimeter nicht gross genug, der Stadtbach sollte geöffnet werden, der Verkehr wird auf den Loryplatz geleitet und die Inselplanung ist nicht mit dem Quartier vernetzt. Auf der Freiburgstrasse müsste eigentlich ein Poller aufgestellt werden. Die SP reichte dennoch keine Einsprache ein. Die Kommissionsmitglieder haben in der PVS Anträge dazu gestellt.

Das **Mobilitätspapier** ist noch in Bearbeitung.

### **Die Spurgruppe Wohnen**

Das SP-Positionspapier zum Thema Wohnen aus dem Jahr 2008 soll überarbeitet werden. Die Spurgruppe Wohnen diskutiert verschiedene Themen wie Abriss vs. Neubau bei sanierungsbedürftigen Überbauungen, Partizipation bei wohnbaupoliti-

schen Fragen, Wohnraum-Verdichtung, Zwischennutzungen sowie Bauvorhaben des städtischen Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. Die Spurgruppe hat die Siedlung Murifeld (partizipative Verfahren) und den Ersatzneubau Wylerringstrasse 77 (preisgünstige Wohnungen, Minergie-P-Standard, Gemeinschaftsdachterrasse) besichtigt.

## **Mitwirkungen und Stellungnahmen 2014 der AG Stadtentwicklung:**

### **Kantonaler Sachplan Veloverkehr**

Der kantonale Sachplan Veloverkehr behandelt die übergeordnete Ebene und hat zum Ziel, Netzlücken zu schliessen und das Velofahren insgesamt attraktiver zu machen. Er enthält Massnahmenblätter, die auch die Stadt betreffen. Die SP unterstützt den Sachplan grundsätzlich. Die Finanzierung ist aber unklar bzw. ungelöst. Ausserdem werden Velobahnen nicht erwähnt, was notwendig wäre. Der Sicherheit, vor allem jener der Fussgängerinnen und Fussgänger, muss mehr Beachtung geschenkt werden. Weitere kritische Punkte betreffen einzelne Massnahmen, so etwa die Massnahmen an der Freiburg- und Turnierstrasse.

### **Überbauungsordnung Rehhag und Zonenplan-Änderung Rehhag**

Die SP ist der Meinung, dass die Frage der Altlasten genauer abzuklären ist. Die Stiftung ist für den Nutzungsprozess der nächsten 10 Jahre und für den Unterhalt danach zu gründen (Stiftung Brünnenpark). Die Vergrösserung des Gewerbeareals stellen wir in Frage. Inertstoffe: Da es eine regionale Deponie ist, muss die Stiftung bereits zu Beginn gegründet werden und den Prozess kontrollieren. Offen bleibt, wie die Aufwertung des Areals gemessen werden kann. Die SP unterstützt die Renaturierung des Moosbachs und verlangt, dass eine Sperrung des Mooswegs geprüft wird.

### **Regionale Landschaftsplanung**

Wir haben den Aufbau der regionalen Landschaftsplanung kritisiert. Der Richtplan wird zu wenig als Koordinationsinstrument eingesetzt. Das grüne Band, die Landschaftsräume und das Bottigenmoos müssen erhalten werden (der Abschnitt Niederwangen bis Gumme fehlt) und die drei Vorranggebiete Rehhaggrube mit Amphibiengebiet sollen aufgenommen werden. Niederbottigen kann man nicht einfach überbauen, der mögliche Autobahnanschluss für Köniz ist ein weisser Fleck auf der Karte. Die Kritikpunkte der SP am RGSK wurden nicht aufgenommen.

Für die AG Stadtentwicklung: Felix Hauser und Gisela Vollmer

Für die Spurgruppe Wohnen: Lena Sorg

## 8.8 Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie

Die AG Wirtschaft und Energie hat sich im vergangenen Jahr zu vier Sitzungen getroffen und dabei in beiden Bereichen zahlreiche Fragen diskutiert, hängige Projekte weitergeführt und neue Themen an die Hand genommen.

Im Bereich Energie liegt der Fokus auf der Umsetzung des Energierichtplans, der als zentrales Instrument für die Energiepolitik der Stadt vom Gemeinderat auf den 1. November 2014 in Kraft gesetzt wurde. Besonders intensiv verfolgen wir die Realisierung des Energiepools, mit dem die dezentrale Energieproduktion und -nutzung in den Quartieren vorangetrieben werden soll. Aufschlussreich war diesbezüglich insbesondere ein Gespräch mit Vertretern der Energieberatungsstelle Bern-Mittelland. Es bestätigte uns einerseits darin, dass unser „Baby“ Energiepool an sich ein sehr geeignetes Instrument zur Förderung des Energiewandels ist, zeigte andererseits aber auch deutlich auf, dass es zusätzlicher politischer Anstrengungen bedarf, damit die Umsetzung der Massnahme effektiv vorankommt. Dementsprechend fassen wir weitere Schritte ins Auge. Ein ergänzendes Instrument brachten wir mit dem Vorschlag eines „Anergienetzes“ ins Spiel, mit dem die Nutzung von niederwertiger Abwärme (aus Abwässern, Industriebetrieben, Informatikanlagen etc.) systematisch erfolgen kann. Ein entsprechender Vorstoss wurde von der SP-Fraktion im Stadtrat eingereicht.

Im Bereich Wirtschaft wurde das Thema Kreativwirtschaft wieder aufgenommen. Erfahrungen aus anderen Städten zeigen, dass eine aufwändige Potenzialanalyse nur Sinn macht, wenn auch konkrete Massnahmen absehbar sind (z.B. hinsichtlich Zwischennutzungen von Liegenschaften). Zu überlegen ist, ob in Bern der Aufbau eines Clusters Kreativwirtschaft Sinn macht, welcher weit mehr als nur Kunstschaffende vernetzen würde (z.B. auch Grafik, Softwareentwicklung, etc.). Sodann stellte sich die AG die Frage, ob in der Stadt Bern genug für die berufliche Integration von Jugendlichen nach dem 10. Schuljahr getan wird, und sie kam zum Schluss, dass im Moment kein zusätzlicher Handlungsbedarf besteht. Weitere Themen, welche die AG beschäftigten, waren die Gemeindefinanzen und Massnahmen zu ihrer Verbesserung (darunter ein finanzpolitischer Vorstoss der Fraktion), eine mögliche Tourismusförderungsabgabe, das Treffen der interfraktionellen Gruppe Wirtschaft, KMU-Fragen sowie das in Erarbeitung befindliche Abfall-Reglement.

Die AG Wirtschaft und Energie erfuhr im Laufe des Jahres erfreuliche Verstärkung, vorab hinsichtlich wirtschaftspolitischer Kompetenz. Gleichzeitig wurde damit die Vernetzung mit dem Stadtrat ausgebaut.

Die Mitglieder der AG Wirtschaft und Energie sind: Cipriano Alvarez, Michael Arn, Toni Brauchle (Co-Vorsitz), Benno Frauchiger, Roman Hahn, Christian Käch, Ingrid Kissling-Näf, Halua Pinto de Magalhães (Co-Vorsitz), Beatrice Stucki, Nicola von Greyerz, Johannes Wartenweiler.

Für die AG Wirtschaft und Energie: Toni Brauchle und Halua Pinto de Magalhães

## 8.9 Arbeitsgruppe regionale Zusammenarbeit

Obwohl die Grossregion Bern immer mehr zusammenwächst, gibt es wenige Strukturen, um die gemeinsamen Interessen des urbanen Raums zu vertreten und gemeindeübergreifende Projekte zu verfolgen. So ist die Regionalkonferenz Bern-Mittelland mit 85 Gemeinden sehr gross und bündelt derart unterschiedliche Anliegen, dass die Interessen der Stadt häufig auf der Strecke bleiben. Mit der 2013 ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe regionale Zusammenarbeit schliesst die SP eine Lücke in ihren eigenen Strukturen zwischen der SP Stadt und der SP Region Bern. In der Arbeitsgruppe sind derzeit die Gemeinden Bern, Köniz und Ostermundigen vertreten.

Inhaltliche Zielsetzung der AG sind Projekte, welche für alle drei Gemeinden gleichermassen von Interesse sind und die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit stärken. So wären z.B. die Bestrebungen für einen „Sauberkeitsrappen“ in Bern in der Umsetzung erheblich wirkungsvoller, wenn Köniz und Ostermundigen ähnliche Litteringkonzepte einführen. Zu den von der Arbeitsgruppe verfolgten Themenfeldern gehören darüber hinaus Verkehr, Sportanlagen, Wohnen, Einheitspolizei und die Zusammenarbeit im Beschaffungswesen. Die AG hat sich seit November 2013 sechsmal getroffen und 2014 insbesondere auch den Austausch mit den SP-Exekutivmitgliedern Alexander Tschäppät, Kathrin Sedlmayer (Köniz) und Regula Unteregger (Ostermundigen) gepflegt. In der nächsten Phase geht es um die Ausarbeitung konkreter politischer Vorstösse, die in den Gemeindeparlamenten und gegebenenfalls im Grossen Rat eingereicht werden sollen. Die gemeinsame DV der SP Bern, Köniz und Ostermundigen zum Tram Region Bern vom August 2014 geht ebenfalls auf die Initiative der AG zurück.

Die Mitglieder der AG regionale Zusammenarbeit sind: Peter Marbet (Bern, Leitung), Stefan Jordi (Bern), Ruedi Mahler (Ostermundigen), Annemarie Berlinger-Staub (Köniz), Ruedi Lüthi (Köniz), Christian Zahler (Ostermundigen), Andreas Zysset (Bern)

Für die AG regionale Zusammenarbeit: Peter Marbet, Leiter

## 9. Bericht der JUSO Stadt Bern

Nach dem Abstimmungskampf für die 1:12-Initiative und der Sammelphase für die Spekulationsstopp-Initiative im Jahr 2013 wollten wir uns 2014 vermehrt auf die Festigung und Ausbildung unserer Basis fokussieren. Zur Gänze ist uns das nicht gelungen, denn wir konnten die für eine Jungpartei typische, hohe Fluktuationsrate nicht aufhalten – doch wir haben wichtige Schritte in die richtige Richtung gemacht, wichtige Strukturen aufgebaut und den Know-how-Transfer von einer Generation zur nächsten sichergestellt.

Was wir nicht verloren haben ist der Schwung, den wir während der 1:12-Kampagne aufbauen konnten. Neben einem Mitgliederzuwachs konnten wir auch eine erhöhte Mobilisierungsfähigkeit unserer Basis feststellen. Dies hat sich in unseren Aktivitäten manifestiert.

So haben wir dieses Jahr versucht, gegen Rechts zu kuscheln (leider waren keine Rechten da, die hätten kuscheln wollen), wir haben gegen Ecopopper Kondome verteilt, reiche Menschen in Gstaad in Angst und Schrecken versetzt, einen Galgen gegen die Pauschalbesteuerung errichtet, uns mit den Protestierenden in Hong Kong und den vermissten Studenten in Ayotzinapa solidarisiert und nebenbei noch für den Grossrat kandidiert und dabei einen Ersatzplatz ergattert.



Das Jahr 2014 war von unterschiedlichen Schwerpunktkampagnen geprägt. Eine die sich durch das ganze Jahr gezogen hat – und wahrscheinlich leider auch in den nächsten Jahren wichtig sein wird – war die Kampagne gegen Fremdenfeindlichkeit. Wir haben uns aktiv gegen die Masseneinwanderungs- und die Ecopop-Initiative eingesetzt und haben unterschiedliche Bildungsveranstaltungen organisiert. Nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative war eine Enthemmung für rassistische Äusserungen in der Gesellschaft zu beobachten, die wir als höchst alarmierend empfinden. Aus diesem Grund wurde auf kantonaler Ebene eine Arbeitsgruppe Migration gegründet.

Für rote Köpfe haben wir als JUSO Stadt Bern gesorgt, als wir uns gegen die Kandidatur von Fabian Molina als Präsident der JUSO Schweiz gestellt haben; denn zu einer Wahl gehören immer mindestens zwei Leute.

Im Mai haben wir uns für den gesetzlichen Mindestlohn eingesetzt und rund 23'000 Abstimmungszeitungen verteilt sowie einen „Walk of Shame“ gegen die tiefen Löhne im Detailhandel veranstaltet.

Im Juli und August haben wir eine Kampagne gegen die FIFA geführt und damit auf die ausbeuterischen Umstände rund um die Fussballweltmeisterschaft aufmerksam gemacht.

Überschattet wurde das politische Jahr vom sehr bedenklichen Einsatz der Kantonspolizei bei den sexistischen Miss-Schweiz-Wahlen auf dem Bundesplatz. Eine Gruppe friedlicher Demonstrant\_innen, unter ihnen auch JUSO-Aktivist\_innen, wurden massiv in ihrer Meinungsfreiheit beschnitten und unter Bedingungen, die eines Rechtsstaates nicht würdig sind, verhaftet und festgehalten. Diese Thematik wird uns sicher auch im nächsten Jahr beschäftigen, denn wir werden sicher nicht Ruhe geben.

„Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“

Wir werden da sein. Auch 2015.

Für die JUSO Stadt Bern: Tamara Funicello

## 10. Kontaktadressen

Sekretariat SP Stadt Bern  
Monbijoustr. 61, Postfach 1096  
3000 Bern 23  
031 370 07 90  
bern@spbe.ch  
www.spbern.ch

JUSO Bern  
Postfach 6846  
3001 Bern  
info@juso.be  
www.juso.be

SP Bern Altstadt Kirchenfeld  
Postfach 511  
3000 Bern 8  
info@sp-altstadt.ch  
www.spbern-altstadt.ch

SP Bümpliz/Bethlehem  
Postfach 713  
3018 Bern  
info@spbb.ch  
www.spbb.ch

SP Bern-Nord  
Postfach  
3000 Bern 25  
info@sp-bern-nord.ch  
www.sp-bern-nord.ch

SP Bern Holligen  
Postfach  
3000 Bern  
info@spholligen.ch  
www.spholligen.ch

SP Bern Ost  
Postfach  
3014 Bern  
bernost@sp-be.ch  
www.sp-bern-ost.ch

SP Bern Süd  
Postfach 1093  
3000 Bern 23  
info@sp-bern-sued.ch  
www.sp-bern-sued.ch

SP Länggasse-Felsenau  
Postfach 828  
3000 Bern 9  
info@sp-lf.ch  
www.sp-lf.ch